

FREIE SICHT

Fake-News
zum Fake-Law!

REINER EICHENBERGER

Die Stellenmeldepflicht – die Pseudo-umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative – sei ein Erfolg. Das jubelten kürzlich viele Medien und übertönten Klagen über den grossen Aufwand und kleinen Ertrag des Bürokratiemonsters. Begeistert wurde berichtet, die Unternehmen hätten mehr Stellen als erwartet an die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gemeldet. Schon Hunderte von Arbeitslosen hätten auf die gemeldeten Stellen vermittelt werden können. Das dämme die Zuwanderung ein. Die Gewerkschaften reden von einem vielversprechenden Anfang. Sie fordern aber so wie der zunehmend interventionistische Ständerat härtere Kontrollen, auf dass die Firmen ihre offenen Stellen auch dann noch melden, wenn 2020 die Meldepflicht ausgeweitet wird.



Leider sind die Jubelnachrichten falsch, quasi Fake-News zum Fake-Law. Dass die Unternehmen mehr Stellen als erwartet meldeten, ist keineswegs erfreulich. Vielmehr zeigt es, dass die zuständigen Stellen die administrative Last der Meldepflicht für die Wirtschaft und die RAV unterschätzt haben. Und dass die Stellenmeldepflicht zur Anstellung vieler Arbeitslosen führt, ist nicht überraschend, sondern war zu erwarten. Es ist aber auch zu erwarten, dass die Wirkung auf die Arbeitslosigkeit trotzdem gering bleiben wird. Denn wenn ein neuer Mechanismus zur Arbeitslosenvermittlung eingeführt wird, werden vor allem diejenigen vermittelt,

«Die Wirkung von Interventionen am Arbeitsmarkt wird überschätzt.»

die am leichtesten vermittelbar sind und auch sonst eine Stelle gefunden hätten. Die Wirkung interventionistischer Arbeitsmarktmassnahmen wird deshalb systematisch überschätzt.

Noch schlimmer ist, dass auch eine wirklich erfolgreiche Stellenmeldepflicht die Zuwanderung längerfristig nicht senken, sondern erhöhen wird. Denn wenn das einheimische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt wird, wird die Schweiz noch wettbewerbsfähiger und als Standort attraktiver, wodurch noch mehr Zuwanderer angezogen werden. Oder umgekehrt: Hat die Schweiz heute eine so hohe Zuwanderung, weil sie die inländischen Potenziale besonders schlecht nutzt, etwa indem sie viele Arbeitslose, eine tiefe Erwerbsquote und tiefe Arbeitszeiten hat? Natürlich nicht. Die Schweiz hat eine hohe Zuwanderung, weil sie ihre Potenziale besser nutzt als die meisten EU-Länder. Folglich nimmt die Zuwanderung zu, wenn die Schweiz ihre Potenziale noch besser als bisher nutzt.

Und was ist mit dem Ruf nach mehr Kontrolle? Da geht es grossenteils ums Geschäft. Die Kontrollen der langfristig den Arbeitsmarkt lähmenden flankierenden Massnahmen sind aufwendig und bringen den staatlich beauftragten Kontrolleuren – allen voran den Gewerkschaften – viel Geld. Deshalb ist es höchste Zeit, dass da endlich Transparenz geschaffen wird: Wer verdient was an den flankierenden Massnahmen?

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.

► FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet:
handelszeitung.ch/freiesicht